

## **HH-Erwiderng: Rede der AfD-KT-Fraktion GP zum HH 2023 am 11.11.2022 in Salach** (es gilt das gesprochene Wort) Joachim Hülscher

Sehr geehrter Herr Landrat,

sehr geehrte Herren Kämmerer Stolz und Amtsleiter Haas,

meine Damen und Herren der hervorragenden Mannschaft bei Verwaltung und Eigenbetrieben,

sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte ein Zitat des ehemaligen Bundesministers und Ersten Bürgermeister Hamburgs Klaus von Dohnanyi (seit 1957 SPD-Mitglied) meiner HH-Rede voranstellen:

**Nicht weil Putin vertragsbrüchig wurde, sondern weil wir auf einen Einfuhrstopp von Gas und Öl hinauswollten, Energiesanktionen verhängten stehen wir nun vor den Trümmern unserer Politik. Wenn der Winter kalt wird werden wir kaum darum herkommen, die Versorgung der Wirtschaft zu drosseln. Die folgen wären zerstörerisch, langfristig und selbstverschuldet.**

Diesen Worten müsste ich nichts mehr hinzufügen. Die Preise für Gas, Strom und Öl sind unbezahlbar, für alle Bürger, Betriebe, Unternehmen. Dazu verweise ich auf einen von uns gestellten Antrag, einen Sozialfond für stark von diesen Preissteigerungen betroffenen Bürger auf Kreisebene einzurichten. Und - warum kommen wir in diese fatale Situation? Weil die Bundesregierung sich nicht an der Realität der Verteilung der Volksgruppen in der Ukraine orientieren will. Ich stelle die Frage: wie sieht denn die ethische Verteilung Russen/Ukrainer im Donbass und in der Südukraine aus? Dazu wollte ich eine Karte zeigen, leider darf ich das nicht, daher Verweis auf Anlage 1 zu dieser Rede. Und - von welcher Seite wurden denn die Vereinbarungen von Minsk nicht umgesetzt, sicherlich nicht von Präsident Putin. Unsere wirtschaftliche Lage wird desaströs. Die Inflationsrate lag im Oktober über 10%, Handwerker schließen (nach Märchenonkel Habeck) mal eben für einige Monate (in Realität für immer) ihre Betriebe, Traditionsunternehmen gehen Pleite. Aber nicht nur die bisher genannten Fakten lassen skeptisch in die Zukunft blicken, noch weitere politische Fehler der Regierenden verschlimmern die Situation heuer und in den nächsten Jahren. Der von der Nachkriegsgeneration erarbeitete Wohlstand in unserem Land ist total gefährdet. Wann endlich bitte die Bundesregierung Russland um billige Gaslieferungen? Nun, dazu fühlt man sich zu moralisch besser, aber zum Sultan von Katar kann Herr Habeck zum „Diener machen“ reisen und zum Khashoggi-Mörder nach Saudi-Arabien Herr Scholz. Diese arabischen Potentaten sind doch schlimmer als Präsident Putin.

Unter diesem Hintergrund stellten uns am 14.10.2022 Herr Landrat Wolff und Herr Kämmerer Stolz die Rahmenbedingungen und Kernzahlen für unseren Kreishaushalt 2023 vor. Ich werde mich bemühen, wenige Zahlen zu nennen, aber ganz ohne Zahlen geht es beim Thema Haushalt nicht.

Daher auch hier sofort die wichtigste Zahl: in 2023 haben wir Gesamtaufwendungen von ca. 376 Mio. €, dem Einnahmen von geschätzt 363 Mio. € entgegenstehen, nach Annahme ein Defizit von ca. 13 Mio. €. In 2021 erwirtschaftete die Kämmerei noch ein Plus von über 5 Mio. €. Jetzt wissen wir: es kommen nach den fetten die mageren Jahre. Wir müssen uns in 2023 mit ca. 107 Mio. € neu verschulden. Das heißt am 31.12.2023 ist der Gesamtschuldenstand ca. 224 Mio. €. Aber ich möchte doch eine positive absolute Zahl nennen: unsere Steuerkraftsumme (wichtiges Indiz) ist im Kreis um

4,5% gestiegen, im Landesdurchschnitt nur um 1,3%, diese Zahl nannte LR Wolff am 14.10.2022. Die überdurchschnittliche Steigerung lässt uns im Landkreisvergleich vom 31. Platz 2022 auf den 26. Rang bei 35 Kreisen klettern, aber da ist noch viel Luft nach oben. Ich darf in diesem Zusammenhang an unsere Anträge zur Gewerbeflächenbereitstellung und -management erinnern, die sicher zur Steuerkrafthebung auch zukünftig beitragen können. Ebenso wie ein Mehr an Gründerzentren.

Ein wesentlicher Beitrag zu unserem HH-Defizit in 2023 sind unseren Kliniken geschuldet. Das ist aber KEINE Kritik an unseren beiden Herrn Geschäftsführern Dr. Hüttner und Schmidt, denen wir mit ihren Mitarbeitern zu großem Dank und Anerkennung für ihre hervorragenden Einsätze bis an die Grenze der menschlichen Leistungsfähigkeit, verpflichtet sind. Das Defizit von ca. 19 Mio. € für 2023 haben nicht sie zu verantworten, sondern sind Ergebnisse Spahnscher und Lauterbachscher Fehlleistungen. Die AfD bekennt nochmals: wir stehen zu unseren Kliniken, wir freuen uns auf die Fertigstellung der neuen Eichert-Klinik incl. medizinischem und sozialem Umfeld und wünschen uns eine baldiges Zukunftskonzept für die Helfensteinklinik mit baldiger Umsetzung. Wir begrüßen ausdrücklich, dass es zukünftig eine direkte Busverbindung aus Geislingen zur Eichert-Klinik gibt, als die AfD dieses im Mai 2021 im KT forderte (und nochmals im UVA durch Kollegen Volkmann) wurde das als nicht möglich bezeichnet. Man sieht auch hier: es muss nur der Wille vorhanden sein – AfD wirkt eben! Abschließend aber noch ein Wort zu den Baukostenentwicklungen im gesamten Eichert-Komplex: Anerkennung für die Kostendisziplin bei der momentanen Situation am Bau.

Im Bereich Bauwesen begrüßen wir ausdrücklich die Investitionszunahme von bald 50% im Straßenbau und die leichte Steigerung im Straßenunterhalt auf ca. 2,4 Mio.€, obwohl hier müssten auf Grund des Gesamtbedarfs von ca. 50 Mio. € jährlich 5 bis 7 Mio. € investiert werden. In diesem Bereich, der auch der Sicherheit dient geht die AfD mit jeder Erhöhung mit. Wenn wir den Straßenbau fördern so fördern wir damit nicht nur den Individualverkehr, sondern wir schaffen auch gute Grundlagen für den ÖPNV. Er verdient unserer besonderen Unterstützung und Förderung. Unser Wunsch ist, bis in jedes Dorf und jeden Ort eine ÖPNV-Verbindung, der ÖPNV ist ein Grundelement der Daseinsvorsorge. Damit sind wir bei dem Punkt gestiegenen Spritpreise. Wir müssen alles daransetzen, dass die Busunternehmen ihre bisherigen Leistungen weiter erbringen können. Und zum Nahverkehrsplan: wir haben den Entwurf am 14.10.2022 beschlossen, jetzt obliegt es den Gemeinden im Rahmen der Anhörung ihre Anregungen einzubringen, damit dem von mir gerade genannten Wunsch (in jedes Dorf und jeden Ort) nahegekommen wird.

Auch im Bereich Hochbau, beim Gebäudeunterhalt sehen wir eine erfreuliche Steigerung um ca. 30% auf ca. 5,5 Mio. €, auch die Hochbauinvestitionen mit ca. 12 Mio. € für Schwerpunkt Berufliches Schulzentrum in Geislingen und dann ab 2024 in die Bodelschwingschule finden unsere Unterstützung. Zufrieden sind wir mit den bisherigen Arbeiten im, um, am LRA. Wir hoffen auf baldige Gesamtfertigstellung der Außenanlagen und wünschen endlich eine Lösung der Parkhaus-Ausfahrt. Kommt da noch in dieser Wahlperiode eine Lösung?

Über allen Bereichen das Bauen schwebt das Schwert Baupreissteigerungen. Nicht auf Preiskurvenabflachung hoffen, sondern eine Summe für Unvorhergesehenes einplanen ist unser Credo. Und um die Bauzeiten dort wo es geht zu beschleunigen kommt nochmals unser Antrag zur 24-Stunden-Baustelle.

Im Dezember 2022 wird die Neubaustrecke Wendlingen – Ulm in Betrieb genommen. Der reine Durchfahrtverkehr der „Personenzüge“ entfällt dann Gott sei Dank im Filstal. Das müssen wir auch als Chance begreifen. Das gilt für die Durchbindung nach Ulm, aber der Landkreis ist auch verpflichtet

für direkte Anbindung in die Niederlande, ins Ruhrgebiet, nach Basel, Innsbruck, München und Wien sich einzusetzen. Wir dürfen nicht im Verkehrsschatten landen. Da haben es unsere Gemeinden auf der Alb leichter: sie sind schnell am neuen schwer erkämpften Haltepunkt Merklingen.

Da unser Kämmerer am 14.10.2022 auch die HH-Ansätze für IT in der Verwaltung aufrief: wir stehen voll zu diesem „Gesamteinsatz“, dadurch schaffen wir ja auch weitere Möglichkeiten zur hoffentlich familienfreundlichen Heimarbeit (auch Homeoffice genannt).

In diesem Zusammenhang wenige Worte zu den Personalkosten: wir wollen eine leistungsfähige und motivierte Verwaltung, klar das kostet. Dessen sind wir uns bewusst, dazu kommt keine Kritik. Allerdings bedauern wir, dass manche Stellen reiner Ideologie geschuldet sind, z. B. im Bereich Asylantenbetreuung und -verwaltung, Klimaideologie, usw., usw.

Auch bei Kostensteigerungen für Abfallgebühren verstehen wir keinen Spaß. 2021 wurde (gegen unsere Stimmen) ein neues Müllkonzept beschlossen, das u. a. für die Zukunft Gebühreneinsparungen versprach. Und jetzt werden immense Erhöhungen angekündigt. Das werden wir nicht mitmachen. Das werden wir „contra“ sagen.

Am 14.10. sprachen Landrat und Kämmerer auch andere kritische Bereiche an, die wir auch benennen müssen. Zunächst muss ich klar erklären, und das sollte hier keiner unterschlagen: die AfD steht zu unserem Sozialsystem, das jeden der unverschuldet in Not gerät unterstützen muss und keinen durchs Netz fallen lässt. Daher erkennen wir in vielen Sozialleistungen einen Segen, aber wie schon Landrat und Kämmerer formulierten liegen im Sozialbereich Kostenfallen. Bundesteilhabegesetz, Bürgergeld, Wohngeldreform, Rechtsbereichswechsel bei der Ukrainer-Alimentierung: all das benötigt Geld, dass erst einmal erwirtschaftet werden muss.

Und wir erleben, nein lassen zu, oder schlimmer befördern einen ungebremsen Zustrom von Asylforderern aus Afrika, dem Orient bis Südasien (von der G8 als „Großraum Mittlerer Osten“ bezeichnet), dazu kommt die Aufnahme von 1 Mio. Ukrainer. Um es zum wiederholten Male für jedermann klar zu sagen: 1. die AfD bekennt sich zur Aufnahme autochthoner Ukraineflüchtlinge während der militärischen Auseinandersetzungen in ihrer Heimat (besonders aus dem Donbass und der Südukraine, wo die Auseinandersetzungen am heftigsten sind), und 2. bekennen wir uns zum Asylrecht gem. GG für politisch Verfolgte, aber – zu keiner Aufweichung dieses Rechts. Wirtschaftsflüchtlinge fallen nicht darunter, damit hat die Regierung einen klaren Handlungsauftrag. Ausschaffen wie es in der Schweiz heißt. Und: Herr Landrat, hier gilt doch auch für Sie als Wahlbeamter das Remonstrationsrecht, ja die Remonstrationspflicht. Widersprechen sie der laschen Abschiebep Praxis. Und nochmals zu Bundesregierung: sie hat gem. Eid zum Nutzen das Deutschen Volks zu Handeln und diesen nicht zu verraten wie z. B. Frau Baerbock, die typisch für diese Regierung diesen heiligen Eid verleugnend, ausführt: „Egal, was meine Deutschen Wähler denken. Aber ich werde die Menschen in der Ukraine wie versprochen unterstützen“. (Auch in diesem Fall muss ich auf Anlage 2 verweisen.) Dagegen ist bei anderen Nationen die Verpflichtung zum „Sacro Egoismo“ selbstverständlich: „eigen volk eerst“ heißt es in Flandern, „Sverige Först“ in Schweden, „alt for Norge“ ist Wahlspruch des Norwegischen Königs Harald V, „America first“ gilt in den USA, und nun heißt es auch im offiziellen Italien wieder „questa Italia“ und nicht „questo paese“. Dort steht das eigene Volk im Vordergrund, aber nicht bei der Bundesregierung.

Eines kann die momentane Bundesregierung: Geld ausgeben! Ukrainer werden gegenüber anderen Ausländern bevorzugt alimentiert, seit 01. 06. bekommen sie Hartz-4 Leistungen (was Gott sei Dank

der Landrat Walter aus Tü immer wieder wegen des Zugeffekts moniert), und ab Januar 2023 profitieren sie ebenso wie alle Hartz-4er vom üppigeren „Bürgergeld“, ohne das Bürgerrecht zu haben. Auch wir haben nicht die Annahme, dass dieses „Bürgergeld“ beim klassischen Hartz-4-Klientel den Arbeitsanreiz fördert. Das müssen wir uns bewusstwerden, wenn wir unseren Kreishaushalt und unsere Gesellschaft betrachten.

Kommen wir auf zwei Straßenbauprojekte zu sprechen, die leider nicht vom Kreis umgesetzt werden können sondern wo wir von den Straßenbaubehörden von Bund und Land abhängig sind. Wir leben bei beiden Projekten von der Hoffnung. Der Weiterbau der B 10 bis endlich östlich von Geislingen scheint auf den St. Nimmerleinstag verschoben. Immer wieder werden neue Gründe zur Umplanung gefunden, Mal besondere Fledermäuse, ein anderes Mal wird auf Bürgerwünsche hin umgeplant. Und der Verkehrsinfakt im Oberen Filstal wird immer schlimmer. Nicht besser bei Planung und Umsetzung im Bereich Alaufstieg der A 8. Ich möchte für alle in Erinnerung rufen: zwischen März 1934 und November 1939 wurde die A 8 komplett zwischen KA und M errichtet und war damit durchgängig befahrbar (das hatte ich ja schon bei der Verkehrskonferenz am 12.03. heuer im LRA gesagt, was die Projektverantwortliche ungnädig zur Kenntnis nahm) und heute brauchen wir x Jahre Vorplanung und dann 7 Realisierungsjahre für ein paar Kilometer? Das kann ich als Dipl.-Ing. Univ. im Bauwesen nicht nachvollziehen. Das muss schneller gehen, auch zur Entlastung der Anlieger.

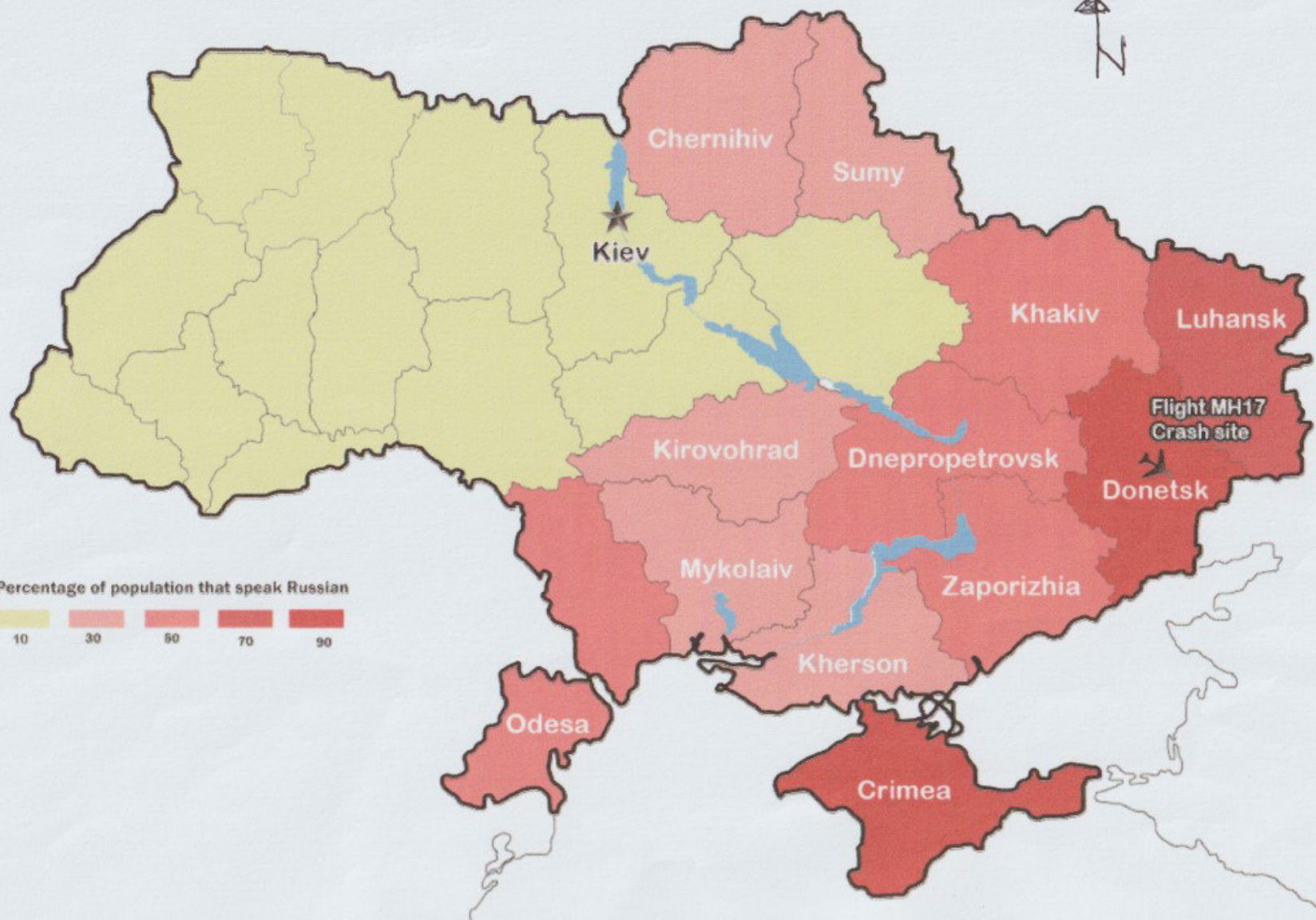
Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, gerade mit Realisierung dieser beider genannten Maßnahmen würden wir viel Positives für den östlichen und südlichen Landkreis erreichen. Und damit komme ich zum wir-Gefühl in unserem Landkreis. Wir sind ein Landkreis, wir feiern im nächsten Jahr 85sten Geburtstag, lasst uns das gemeinsam feiern und lasst uns diesen Landkreis gemeinsam gestalten. In diesem Zusammenhang muss ich auch an unsere HH-Anträge vom letzten Jahr erinnern, die z. B. nach der ausgewogenen Mittel- und Investitionsverteilung im Kreis fragten.

Ich möchte das wir-Gefühl im Kreis nochmals aufrufen. Danke Herr Landrat, dass Sie uns Kreisräte bei den Besuchstermine in den Gemeinden mitgenommen haben. Wir konnten erkennen, dass viel aufgetauter Ärger über schnelle, unkomplizierte Kommunikationswege gelöst/angesprochen werden können. Und appellieren in diesem Zusammenhang an die Gemeinden besonders des Oberen Filstals, mit dem LRA das Gespräch zu suchen, besonders appellieren wir hier an die Stadt Geislingen, denn der Alb-Donau-Kreis wird sicher kein neues Klinikum bauen.

Bei aller Skepsis wie es zukünftig weiter geht ist positiv, dass die Kreisumlage bei 32,5% in 2023 bleibt, was in 2024 kommt können wir jetzt wie vieles noch nicht voraussagen. Dazu sind die Zeiten und Rahmenbedingungen zu unsicher. Trotzdem sagen wir der Kämmerei und gesamter Mannschaft „Danke“ für die Haushaltentwurfserstellung, bedanken uns bei allen Bediensteten unsers LRA und Institutionen für das Geleistete und wünschen uns faire, ehrliche und kollegiale weitere Haushaltsberatungen, auch unserer 12 HH-Anträge, alle nicht haushaltswirksam. Also sparsam!

Ich danke Ihnen!

ANLAGE 1



## Anlage 2

Das ist das beste Deutschland was wir je hatten:

Frau Baerbock:           Egal was meine Deutschen Wähler denken. Aber ich werde die Menschen in der Ukraine wie versprochen unterstützen.

Und wie heißt es in der Welt (eine Auswahl):

Flandern:                                   eigen volk eerst

Schweden:                                 Sverige Först

Wahlspruch König Harald V Norwegen:   alt for Norge

USA:   America first

Italien seit 2 Wochen:                   jetzt questa Italia statt questo paese

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Folgenden die Anträge der AfD Kreistagsfraktion Göppingen:

**Antrag 1 Erweiterung des Bürgerbeteiligungskonzeptes, hier:  
Einführung von Richtungsweisenden Bürgerabstimmungen**

Die AfD-Kreistagsfraktion beantragt das Bürgerbeteiligungskonzept um die Möglichkeit zu erweitern „Richtungsweisende Bürgerabstimmungen“ durchzuführen. Leider ist eine rechtlich bindende Abstimmung auf Kreisebene vom Gesetzgeber bislang nicht vorgesehen. Wir halten dies für einen systemischen Fehler und möchten die Lücke mit rechtlich nicht bindenden („richtungsweisenden“) Bürgerabstimmungen überbrücken. Bei diesen soll eine Abstimmung stattfinden, ähnlich wie bei einem Plebiszit, um dem Kreistag den Bürgerwillen klar zu bekunden. Der jedoch aus rechtlichen Gründen nicht Kreistag an das Ergebnis gebunden sein, jedoch empfiehlt es sich, dem Mehrheitswillen der Kreisbewohner per Kreistagsbeschluss Rechnung zu tragen.

Als Initiationsvoraussetzungen stellen wir uns vor:

- Auf Vorschlag des Landrats/Verwaltung
- Auf Vorschlag von zwei Fraktionen
- Auf Vorschlag von 25 % der Kreisträte
- Auf Vorschlag von 5 % der Wahlberechtigten Bürger

*Wir bitten um (Vor-)Beratung im Verwaltungsausschuss im 2.Quartal und anschließende Behandlung im Kreistag.*

**Antrag 2 Videoübertragung/Veröffentlichte Aufzeichnung von  
Kreistagssitzungen**

Als AfD-Kreistagsfraktion haben wir die Übertragung von Kreistagssitzungen oder die Aufzeichnung und spätere Veröffentlichung thematisiert. Bislang wurden diese Vorstöße immer abgeblockt, mit Verweis auf die Kosten und auf das notwendige Einverständnis der einzelnen Kreisträte, Verwaltungsmitarbeiter und anderen Gastrednern.

Wir halten einen niederschweligen Zugang zu den Kreistagssitzungen für einen Kennwert von Transparenz. Gerade in Zeiten der Digitalisierung erscheint uns eine Erweiterung der Möglichkeiten für angebracht.

Wir beantragen daher, dass für Kreistagssitzungen mit besonderes öffentlichkeitswirksamen Themen übertragen oder zumindest aufgezeichnet und nachträglich zugänglich gemacht werden können. Dies sollte insbesondere bei Haushaltsdebatten der Fall sein, aber auch bei Themen, die die Öffentlichkeit in besonderem Maße interessiert.

Als Richtmaß, was als besonders interessant angesehen wird stellen wir uns hier vor:

- Auf Vorschlag des Landrats/Verwaltung
- Auf Vorschlag von zwei Fraktionen
- Auf Vorschlag von 25 % der Kreisträte

*Wir bitten um (Vor-)Beratung im Verwaltungsausschuss im 2. Quartal und ggf. Abstimmung im Kreistag im 3. Quartal*

### **Antrag 3 Einrichtung einer „Kreistagszeitung“**

Die AfD-Kreistagsfraktion beantragt, dass der Kreis eine Quartals (oder ggf. Halbjahres)-Zeitung herausgibt, in der über aktuelle Themen und Beschlüsse berichtet wird und in der auch die Fraktionen Platz bekommen sich zu äußern.

Begründung:

Im Zuge der Auseinandersetzung um die Helfenstein Klinik wurde einmal mehr offenbar, dass dem Kreis ein direkter Draht zu den Bürgern fehlt. Selbst der Moderator der Kreistagsklausur, Herr Christian Schmidt, kam im Zuge der Klausurtagung zu dem Schluss, dass die „Wahrnehmung in der Öffentlichkeit durch Medien bestimmt wird, die ihre Informationsaufgabe durch Kommentare und Positionen ersetzen“. Die Deutungshoheit lässt sich mit der klassischen Pressearbeit daher nicht erhalten oder erringen. Die AfD-Fraktion sieht unter anderem in der hier beantragten Maßnahme eine hervorragende Möglichkeit, um die Bürger sachlich und ungefiltert zu erreichen.

Wir bitten um Behandlung im Verwaltungsausschuss im 1. Quartal.



## **Antrag 4 Aufzeichnungsrecht für eigene Beiträge**

Antrag:

Es wird den Kreistagsfraktionen die Möglichkeit eingeräumt, eigene Redebeiträge in öffentlichen Sitzungen in Ton und Bild aufzuzeichnen. Ggf. ist die Geschäftsordnung entsprechend zu ändern.

Begründung:

Kreistagssitzungen sind öffentlich. Im Digitalen Zeitalter erscheint es angebracht, diesen Minimalschritt in Richtung Transparenz zu gehen.

Gleichzeitig verbessert es die Möglichkeit der Öffentlichkeitsarbeit und ist geeignet das Interesse an der Kommunalpolitik zu stärken.

Bei der Aufzeichnung der eigenen Beiträge werden keine Persönlichkeitsrechte Dritter verletzt. Hinderungsgründe sind für uns daher nicht erkennbar

*Wir bitten um Behandlung im Kreistag, sofern Satzungsänderungen erforderlich sind, im 1. Quartal. Sollten diese nicht erforderlich sein bitten wir schlicht um künftige Umsetzung.*

## **Antrag 5 Energiepreise**

Die Wirtschaftsförderung berichtet wie viele Unternehmen im Kreis durch die gestiegenen Energiepreise von der Insolvenz bedroht sind.

Wie möchte die Wirtschaftsförderung diese in Not geratenen Unternehmen unterstützen?

Begründung:

Durch die Ablehnung der Bundesregierung der russischen Energieversorgung haben sich die Preise für Erdgas, Erdöl und Strom massiv verteuert. Viele Unternehmen können sich diese hohen Preise nicht mehr leisten und verlegen Ihren Unternehmenssitz ins Ausland oder sind sogar von der Insolvenz bedroht. Daher wollen wir wissen wie viele Unternehmen im Landkreis Göppingen durch die gestiegenen Energiekosten von der Insolvenz bedroht sind und was für

Maßnahmen von Seiten der Wirtschaftsförderung angedacht sind um diese Unternehmen zu unterstützen.

## **Antrag 6 Leistungen für Flüchtlinge**

Seit Juni 2022 erhalten Flüchtlinge aus der Ukraine Leistungen analog zu Hartz4 und nicht nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Ein Single erhält damit 440 Euro statt wie bisher 367 Euro pro Monat. Wenn das Bürgergeld kommt werden daraus sogar 502 Euro pro Monat. Darauf kommen dann noch etliche Zusatzleistungen oben drauf. Wir wollen wissen, welche Zusatzleistungen sind hierin konkret enthalten? Welche Zusatzleistungen bekommen ukrainische Geflüchtete mehr als "sonstige Flüchtlinge"? Da ukrainische Flüchtlinge Zahlungen analog zu Hartz4 bekommen, gilt für diese auch die Verpflichtung, sich um eine Arbeit zu bemühen als Grundlage für den Erhalt von Leistungen? Spielt der Besuch und die Annahme von Sprachkursen eine Rolle im Bezug auf den Erhalt von Leistungen und wie werden die Sprachkurse angenommen? Gibt es weitere "Zugeständnisse" für ukrainische Flüchtlinge im Gegensatz zu sonstigen Flüchtlingen? Bekommen ukrainische Flüchtlinge diese genannten Leistungen nur wenn diese auch einen Wohnsitz in Deutschland nachweisen können und wie wird dieser Wohnsitz kontrolliert? Bitte eine Auflistung ALLER Leistungen und Zugeständnisse (Möglichkeiten auf Urlaub im Heimatland usw.) die ein ukrainischer Flüchtling erhält. Dazu gegenübergestellt eine Auflistung ALLER Leistungen die ein deutscher Hartz 4 Empfänger erhält und zusätzlich eine Liste eines "sonstigen Flüchtlings" um die Leistungen aller 3 Gruppen miteinander vergleichen zu können.

Begründung: Wer in diesen Tagen die Diskussionen um das geplante Bürgergeld verfolgt, kann sich selbst ein Urteil bilden was Leistung in Deutschland noch Wert ist. Im Gespräch mit Flüchtlingen im Landkreis Göppingen erfuhren wir viel Unmut über die Situation und Ungleichbehandlung zwischen Flüchtlingen unterschiedlicher Herkunft (Ukrainische Flüchtlinge gegenübergestellt zu sonstigen Flüchtlingen). Daher wollen wir genau aufgeschlüsselt wissen, wem welche Leistungen aufgrund seiner Herkunft zustehen?

## **Antrag 7 Synthetische Kraftstoffe**

Die Landkreisverwaltung erstellt eine Machbarkeitsstudie über die Möglichkeit, die kreiseigenen Fahrzeuge mit Verbrennermotor, ausschließlich mit synthetischen Kraftstoffen zu betanken.

Die Studie soll die Verfügbarkeit von synthetischem Kraftstoff im Landkreis Göppingen prüfen, sowie den Aufbau einer dementsprechenden Infrastruktur in Betracht ziehen und feststellen wie viele Fahrzeuge im Fuhrpark des Landkreises geeignet sind, um mit synthetischen Kraftstoffen betrieben werden zu können.

**Begründung:**

Die Kreisverwaltung hat sich zum Ziel gesetzt, bereits in 2040 klimaneutral zu sein.

Auch Landrat Edgar Wolff wies in einer Bürgerveranstaltung auf die Bedeutung des Klimaschutzes als kreispolitisches Schlüsselthema hin, bei dem der Landkreis, die Gemeinden und unterschiedliche Akteursgruppen schon seit Jahren sehr aktiv seien. Er betonte: „Nur gemeinsam können wir erfolgreich im Klimaschutz sein, wird unser Klimaschutzkonzept Wirkung entfalten. Nur gemeinsam können wir Klimaschutz umsetzen, seien die einzelnen Beiträge auch noch so klein. Um unsere Klimaschutzziele zu erreichen, werden wir unsere Anstrengungen erhöhen müssen.“

Dazu gehört auch nach Meinung der AfD Kreistagsfraktion die CO<sub>2</sub>-Emission der kreiseigenen Kraftfahrzeuge zu minimieren. Dies kann mit einem konsequenten Einsatz von synthetischen Kraftstoffen schnell umgesetzt werden. Da unser letztjähriger Antrag diesbezüglich nicht beantwortet wurde, bestehen wir darauf, dass unser Antrag in Quartal 2023 einem Kreisgremium behandelt wird.

### **Antrag 8 Radschnellweg R14.**

Die AfD Kreistagsfraktion stellt folgenden Antrag :

Das Amt für Mobilität und Infrastruktur gibt Auskunft ob die Vorplanung des Radschnellweges R14 von Ebersbach bis Eislingen mit der Planung des Radschnellweges des Regierungspräsidiums im Zuge des Rückbaus der alten B10 übereinstimmen.

**Begründung:**

Da die Vorplanung des Radschnellweges R14 bis Anfang 2023 beendet sein soll und die Phase der Entwurfsplanung beginnen soll, in der die Trasse detailliert

ausgearbeitet werden wird, ist eine Abgleichung der Planungen Landkreis und Regierungspräsidium unumgänglich. Da es aber von Seiten des Regierungspräsidiums noch keine abschließende Planung zum Rückbau der alten B10, hier im Bereich Salach und Übergang zum Industriegebiet Dugendorf gibt, könnte es zu einer Planungsverzögerung beim Anschluß des Radschnellwegs Eislingen – Salach kommen, da ja auch auf dieser Strecke die Planung des Radschnellwegs involviert ist. Wie weit hat das Amt für Mobilität und Infrastruktur Einblick in die Planung des Regierungspräsidiums und sieht das Amt diesbezüglich eine mögliche Planungsverzögerung.

### **Antrag 9 Wohnberechtigungsschein**

Das Kreissozialamt gibt Auskunft, wie viele Kreisbewohner einen Wohnberechtigungsschein beantragt und bekommen haben.

Wie ist das Verhältnis Personen mit Wohnberechtigungsschein zum momentanen Wohnungsangebot?

Wie lange muss eine Person mit Wohnberechtigungsschein warten, bis sie eine bezahlbare Wohnung bekommt?

Wie gewährleistet das Kreissozialamt sozialgerechte Zuteilung von bezahlbarem Wohnraum?

Wie wird die Dringlichkeit einer Zuteilung ermittelt?

Ist der Landkreis als Eigentümer der Wohnbau mbH Filstal daran interessiert mit gemeinwohlorientierten Wohnungsunternehmen zusammen zu arbeiten?

Begründung :

Am 20. Oktober veranstaltete der Landkreis Göppingen einen Wohnraumgipfel 2022. Bei mehreren Referaten wurde ganz eindeutig festgestellt, dass in Kreis und Stadt Göppingen bezahlbarer Wohnraum Mangelware ist. Es fehlt an Sozialwohnungen und auch beim Bau von neuem Wohnraum ist die Zahl der Wohnungen mit Sozialbindung extrem klein.

Wir befürchten, dass priorisierte Personengruppen schneller eine solche Wohnung bekommen und andere Personengruppen daher benachteiligt sind.

Deshalb wollen wir wissen, wie das Kreissozialamt vorgeht und eine sozialgerechte Verteilung des knappen Wohnraums sicherstellt.

Frau Beuerle stellte in ihrem Vortrag gemeinwohlorientierte Wohnunternehmen für bezahlbaren Wohnraum vor und jetzt stellt sich uns die Frage, weiß der Landkreis von solchen Unternehmen, hat er bereits mit solchen Unternehmen zusammen gearbeitet und/oder hat er das in Zukunft vor, was vor allem ja im

Gegensatz zur Landkreiseigenen Wohnbau mbH Filstal steht, die sich ja am öffentlichen Wohnungsmarkt orientiert.  
Bitte Beantwortung in einem Ausschuss im 2. Quartal 2023

### **Antrag 10 Baumaßnahmen - Bauzeitverkürzung**

Bei den Maßnahmen im Hoch- und Tiefbau, bei denen eine möglichst schnelle Realisierung notwendig und machbar ist wird in den Ausschreibungstexten der Hinweis mit aufgenommen, dass es beabsichtigt ist, die Baumaßnahmen in kürzest möglicher Bauzeit zu realisieren.

Begründung:

Viele Baumaßnahmen haben bei ihrer Umsetzung negative Auswirkungen, z. B. Staus. Diese negativen Auswirkungen können bei vielen Baustellen reduziert werden, wenn nicht nur an 5 Tagen in der Woche mit max. 10 Stunden/Tag gearbeitet wird sondern wo keine fachlichen Gründe dagegen sprechen (z. B. Trocknungszeiten) auf der Baustelle durchgehend gearbeitet wird. So kann die Bauzeit um bis zu 50% reduziert werden.

Bitte diesen Antrag im UVA im 2. Quartal 2023 behandeln.

### **Antrag 11 Mindestleerungszahl der Mülltonnen herabsetzen**

Die AfD-Fraktion beantragt die Herabsetzung der Mindestleerungszahl für Mülltonnen auf 6 Leerungen.

Begründung:

Entgegen vieler Befürchtungen benötigen die meisten Haushalte trotz kleinerer Tonne deutlich weniger Leerungen. Sollte das Müllentsorgungskonzept fortgeführt werden, so ist den Bürgern die Möglichkeit zu gewähren, soweit als möglich zu sparen. Die 6 Leerungen entsprechen den Berechnungen der erforderlichen Mindestleerungszahlen, welche Herr Kurzschenkel vorstellte. Eine Verpflichtung zu mehr Abholungen/Zahlungen ist unter den aktuellen Rahmenbedingungen nicht hinnehmbar.

*Wir bitten um Behandlung im UVA im 1. Quartal.*

## **Antrag 12 Füllmenge der neuen 60 l Tonne**

Die AfD Kreistagsfraktion beantragt eine Überprüfung des Volumeninhalts der neuen 60 l Mülltonne durch das Eichamt.

Begründung:

Wie aus der SWP zu entnehmen war, haben Bürger aus anderen Landkreisen festgestellt, dass der Inhalt der neuen Mülltonnen nicht stimmt und diese weniger Inhalt als die angegebenen 60 l haben. Wer für eine 60 l Tonne bezahlt muß auch diesen Inhalt zur Verfügung haben.

Die AfD Kreistagsfraktion bittet um Mitteilung im UVA im 1. Quartal 2023

Mit freundlichen Grüßen

Michael Weller, im Namen der AfD Kreistagsfraktion Göppingen